

AL INFO

www.al-zh.ch


Gestaltungsplan Manegg. Vor zwei Jahren hat die SP noch gegen einen Mindestanteil für gemeinnützige Wohnungen auf dem Zollfreilager gestimmt. In der Manegg soll's anders kommen. **Seite 3.**

kinderbetreuung
JA!

«Kinderbetreuung Ja» im Kanton. AL-Kantonsrat Kaspar Bütikofer zur kantonsrätlichen Debatte über die Initiative der Gewerkschaften. **Seite 4**

7000 Unterschriften in nur drei Monaten

Prämienverbilligungs-Initiative zustandegekommen!

Niklaus Scherr | **In nur drei Monaten hat die AL die nötigen 6'800 Unterschriften für ihre kantonale Volksinitiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle (Prämienverbilligung jetzt)» gesammelt.** Noch vor ihrer Einreichung zeigt sie Wirkung. Innert der letzten sechs Wochen hat der Regierungsrat die Prämienzuschüsse für 2010 zweimal nachgebessert.

Die nötigen Unterschriften für eine Initiative zusammenzutragen, ist kein Sonntagsspaziergang, sondern harte Knochenarbeit. Nur gerade ein Fünftel der Unterschriften – knapp 1'400 – kam über Versände rein. Das Gros der Unterschriften wurde von gut 40 AL-Aktivistinnen und –Aktivisten gesammelt: sie waren bei über 40 Standaktionen und am Abstimmungswochenende vom 27. September vor 14 Wahllokalen präsent. Ihnen allen

gilt unser Dank, dass es gelungen ist, die Initiative innert nur drei Monaten – die Hälfte der erlaubten Sammelzeit – zustandezubringen.

Wie geht es weiter? Die möglichst rasche Einreichung der Initiative ist vor allem in Hinblick auf die Behandlung im Kantonsrat wichtig. Das seit Verabschiedung der Kantonsverfassung im Jahr 2006 geltende Recht sieht massiv verkürzte Fristen für die Behandlung von Initiativen vor. Neu muss der Regierungsrat spätestens innert neun Monaten ab Einreichung dem Kantonsrat eine Stellungnahme unterbreiten. Das bedeutet, dass spätestens Mitte August die politische Diskussion über unsere Forderung einsetzen wird.

Regierungsrat bessert zweimal nach. Die AL-Initiative fordert, dass der Kanton für die Jahre 2010 – 2012 seinen Anteil an der Prämienverbilligung für Kleinverdiener-Haushalte von 100% auf 115% erhöht. Noch bevor sie eingereicht worden ist, hat sie eine Art Vorwirkung entfaltet. Noch im Mai 2009 hatte der Regierungsrat nur ganz bescheidene Anpassungen der Verbilligungsbeiträge

für 2010 bekanntgegeben. Da das kantonale Einführungsgesetz – dank einer früheren AL-Initiative – vorschreibt, dass die Kinderprämien zu 85% und die Prämien für junge Erwachsene zu 50% übernommen werden, musste er angesichts der massiven Prämienaufschläge Anfang Oktober eine erstes Mal die Zuschüsse für diese beiden Gruppen aufstocken. Aufgrund hartnäckiger Rückfragen von AL-Kantonsrat Kaspar Bütikofer in der Kommission für Gesundheit und Soziale Sicherheit musste die Gesundheitsdirektion die vorgelegten Budgetzahlen für 2010 korrigieren: von Bern kommen rund 25 Mio Franken mehr und der Kanton muss gleich viel aufstocken. Angesichts der zusätzlich vorhandenen Mittel teilte die Regierung Anfang November mit, dass 2010 die Verbilligungsbeiträge für alle Bezügergruppen zusätzlich erhöht werden. Mit der AL-Initiative können wir jetzt Druck machen, dass der Kreis der Zuschussberechtigten ausgeweitet wird und vor allem mehr Familien mit Kindern in den Genuss von Verbilligungsbeiträgen kommen.

AL DAS LIEBE GELD

Damit die AL auch in Zukunft eine mutige aktive Politik betreiben kann, bitten wir Dich um grosse und kleine Spenden. Schon im Voraus herzlichen Dank für Deine Unterstützung.



Walter Angst ist Stadtratskandidat der AL

Der Rat zum Wohnen: Erste Schritte, noch kein Programm

Walter Angst. **Eine Mehrheit des Zürcher Gemeinderats will etwas tun gegen die Wohnungsnot. Die vorliegenden Anträge sind ein Anfang. Ein wohnpolitisches Programm für die nächsten vier Jahre muss mehr enthalten.** Ist es ein präelektoraler Schub? Oder schickt sich das politische Establishment der Stadt Zürich tatsächlich an, die Leitlinien der rosa-blauen Politik der vergangenen zwölf Jahre neu zu definieren?

Neuorientierung ist nötig.

Nichts weniger wäre notwendig, wenn wir Antworten geben wollten auf die Wohnungs- und Mietzinsnot, auf die Vertreibungs- und Segregationsprozesse, die für die Mieterinnen und Mieter dieser Stadt eine akute Bedrohung sind. Wenn ein Viertel der alten Menschen, die auf der langen Warteliste der Stiftung Alterswohnen stehen, ihre alte Heimat wegen einer Wohnungskündigung demnächst verlassen müssen, ist ein solcher Kurswechsel mehr als angesagt. Die Zeiten sind vorbei, in denen der Stadtrat seine erste und nobelste Aufgabe darin sehen durfte, ein zahlungskräftiges Klientel in die Stadt zu holen und die bevorzugten Quartiere mit Alleekonzepten, Abbruch- und Sanierungsförderung für die Nomaden des Neoliberalismus frei zu putzen.

Was der Rat beschliessen kann...

Am 25. November stehen drei Vorlagen auf der Traktandenliste des Zürcher Gemeinderats, die für die Wohnpolitik von Be-

deutung sind. Mit der Annahme der Initiative für bezahlbare Wohnungen kann sich der Rat dafür aussprechen, dass 2600 städtische Wohnungen dauerhaft der spekulativen Aufwertung entzogen werden. Mit der Überweisung einer Motion von Jacqueline Badran und André Odermatt kann er den Stadtrat verpflichten, bei der Verlängerung der genossenschaftlichen Baurechtsverträge auf spekulative Aufwertungen zu verzichten. Mit einer weiteren Motion von Jacqueline Badran kann der Gemeinderat signalisieren, dass er der städtischen Stiftung PWG die finanziellen Mittel in die Hand geben will, damit diese auf dem völlig überhitzten Liegenschaftensmarkt wieder Wohnhäuser kaufen kann. Wenn der Gemeinderat am 25. November Ja sagt zu diesen Forderungen, kann er den Status quo städtischer Wohnbauförderung sichern.

Ein Legislaturprogramm zum Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Spekulation und Vertreibung sind diese Beschlüsse aber noch nicht. Wer sozial durchmischte Quartiere erhalten will, muss mehr fordern. Wer den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Stadt, die mit einem durchschnittlichen Einkommen haushalten müssen, die Sicherheit geben will, dass sie auch in zehn Jahren noch willkommen sind (und zwar nicht nur als Pendler), muss handeln.

...und was noch kommen müsste. Ein Programm für eine mieterfreundliche Stadtpolitik, das Ansatz für eine Trendwende

auf dem Zürcher Wohnungsmarkt sein könnte, sollte zum Beispiel die drei folgenden Punkte enthalten.

Private in die Pflicht nehmen.

Wie die Stadt Zug, die in ihrem Baurecht eine Zone mit einem Mindestanteil an gemeinnützigen Wohnungen geschaffen hat, muss Zürich dazu übergehen, auch die privaten Eigentümer in die Pflicht zu nehmen. Wenn neue Gestaltungspläne erlassen werden (zum Beispiel für das Zollfreilager oder die Manegg), wenn städtisches Land für die Realisierung von grösseren Überbauungen verkauft wird (wie das zurzeit für das Hardturmareal und den Platz hinter dem Bahnhof Altstetten zur Diskussion steht), dann muss der Grundsatz gelten, dass ein Drittel der geplanten Wohnungen für den nichtspekulativen Wohnungsbau zu reservieren ist.

Nicht leerkündigen.

Wenn Immobilienfirmen die Sanierung bestehender Bauten dazu nutzen, spekulative Mietzinserhöhungen zu realisieren (wie das CS und die AXA in ihren Wohnsiedlungen im Brunaupark tun), wenn solche Firmen ihre Wohnhäuser gar ohne Not vor einer Sanierung leerkündigen (wie das die Pensionskasse der Georg Fischer AG an der Aprikosenstrasse getan hat und wie es die Familie Steiner an der Engelstrasse gerade tut), muss in Zukunft die Exekutive der Stadt Zürich aktiv werden. Die Eigentümer müssen daran erinnert wer-

Fortsetzung auf Seite 3



Alecs Recher ist Mitglied der Stadtentwicklungs-Kommission

Zahlbar Wohnen in der Manegg

Alecs Recher | **Umgeben von Sihl und Autobahn stellt die Manegg mit rund 20 Hektaren Fläche eines der letzten grösseren Entwicklungsgebiete der Stadt dar. Einmal mehr hat der Stadtrat nicht den Mut, den Grundeigentümern einen Mindestanteil gemeinnützigen Wohnungsbaus abzuverlangen.** Zum jetzigen Zeitpunkt gehört das Gebiet der Manegg zu einer 5-geschossigen Zentrumszone mit Gestaltungsplanpflicht ohne festgeschriebenen Mindestwohnanteil. Nun soll den Grundeigentümern – der Löwenanteil gehört der Sihl Manegg Immobilien AG – mit einem privaten Gestaltungsplan die Möglichkeit zur Neunutzung gegeben werden. Diesem Gestaltungsplan muss der Gemeinderat zustimmen, damit gebaut werden kann. In der vorliegenden Form will ihm die linke Mehrheit des Rat jedoch nicht zustimmen. Ein Ablehungsantrag ist gestellt.

Einige der kleineren Grundeigentümer wie die Genossenschaftsdruckerei sollen ihre bisherige Nutzung beibehalten. Zudem ist der Erhalt des alten Spinnereigebäude beabsichtigt. Zum grossen Teil aber sind Neubauten geplant: Wohnüberbauungen, ein Schulhaus und kommerzielle Nutzungen. Das kann bis zu einem weiteren Shoppingcenter und Sport-/Freizeitangeboten mit entsprechendem Verkehrsaufkommen gehen.

Lippenbekenntnisse des Stadtrats. Einmal mehr zeichnet sich der Stadtrat durch Lippenbekenntnisse zu günstigem Wohnraum aus. Wie immer stellt er keine konkreten Forderungen an die Grundeigentümer in Bezug auf einen Mindestanteil an gemeinnützigem Wohnungsbau. Auch aus ökologischer Sicht wurde dem Gemeinderat eine weichgespülte Variante vorgeschlagen. Inte-

ressanterweise präsentieren die Grundeigentümer nun über den Gestaltungsplan hinausgehende Absichten. Rechtsverbindlich festlegen wollen diese Absichtserklärungen aber weder die Eigentümer noch der Stadtrat.

Gemeinsam mit SP und Grünen fordert die AL daher, dass mindestens 30 Prozent des Wohnanteils gemeinnützigen Bauträgern übergeben werden muss, und dass die Bodenpreise so moderat sein müssen, dass genossenschaftlicher Wohnungsbau möglich ist. Des weiteren sollen die ökologischen Ziele an der 2000-Watt-Gesellschaft ausgerichtet und rechtsverbindlich festgelegt werden.

Öffentlicher statt privater Gestaltungsplan. Zur Diskussion in der Kommission steht zur Zeit der private Gestaltungsplan über das gesamte Gebiet. Der Stadtrat will danach über die ergänzenden Gestaltungspläne alleine entscheiden können. Die AL vertritt hingegen klar die Forderung, dass auch auf einer zweiten Stufe der Gemeinderat entscheiden soll. Zudem sehen wir genügend öffentliches Interesse, so dass nach einer Ablehnung des privaten Gestaltungsplanes ein öffentlicher ausgearbeitet werden soll. Dieser muss den Forderungen der Ratsmehrheit und damit den Bedürfnissen der Stadt nachkommen.

Vorstösse gegen die Wohnungsnot. Die AL hat in den letzten vier Jahren im Gemeinderat immer wieder Massnahmen gegen die Wohnungsnot gefordert – oft mit Erfolg. Eine wohnungspolitische Legislaturbilanz und neue AL-Vorstösse können auf dem Sekretariat bezogen werden.

Erste Schritte, noch kein Programm (Fortsetzung von Seite 2)

den, dass sozialverträgliches Handeln mit solchen Praktiken nicht vereinbar ist.

2000-Watt-Strategie neu justieren. Wenn sich die Stadt Zürich auch künftig mit Baukonzernen und Immobilienfirmen zusammenschliessen wil, um mit ihnen die Trommel für mehr Ersatzneubauten und umfassende Sanierungen zu rühren (wie das zur Zeit mit der Veranstaltung «Bauen für die 2000-Watt-Gesellschaft. Der Stand der Dinge»

getan wird), muss klar gemacht werden, dass vor Beginn der Planung die sozialen Folgen solcher Sanierungen geklärt sein müssen. Es wäre ein Hohn, wenn die 2000-Watt-Strategie der Stadt Zürich dazu führen würde, dass langjährige Stadt-Bewohner/-innen in die Agglomeration ziehen und täglich in die Stadt pendeln müssen, während die ökologisch sanierten Häuser in der Stadt von Menschen genutzt werden, die doppelt so viel Wohnraum belegen. Nachhaltigkeit darf kein leeres Wort sein.



Kaspar Bütikofer vertritt die AL im Kantonsrat

Kinderbetreuung Ja: Jetzt auch im Kanton

Kaspar Bütikofer | Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eines der grossen gesellschaftlichen Probleme. Wichtig ist ein ausreichendes und allen zugängliches Angebot an familienergänzenden Kinderbetreuungseinrichtungen.

Dank einer kommunalen Volksinitiative hat sich die Situation in der Stadt Zürich entspannt. Doch ausserhalb der Stadtgrenzen sind Mütter und Väter mit langen Wartelisten konfrontiert, wenn sie ihr Kind in einer Krippe oder einem Hort betreuen lassen wollen. Heute hat im Kanton Zürich nur jedes neunte Kind einen Betreuungsplatz! Etwa drei Viertel der Plätze werden von den Städten Winterthur und Zürich bereit gestellt. Einen überdurchschnittlichen Betreuungsindex weisen bloss die reichen Seegemeinden auf.

Damit alle Eltern im Kanton Zürich die Erwerbsarbeit und die Familien unter einen Hut bringen können, hat der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich mit Unterstützung der AL, Grünen und SP erfolgreich eine Volksinitiative lanciert. Diese verlangt ein familienergänzendes Betreuungsangebot, das die Gemeinden zusammen mit dem Kanton aufbauen und finanzieren sollen. Zur Finanzierung sind zudem Elternbeiträge vorgesehen – nach dem Grundsatz, dass sich Erwerbsarbeit lohnen soll.

Ein verwässerter Gegenvorschlag. Anfang November kam nun die Volksinitiative zusammen mit einem von den Mitteparteien ausgearbeiteten Gegenvorschlag in den Kantonsrat. Letzterer will

nur die Betreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter ausbauen. Ausserdem will der Gegenvorschlag die Finanzierung den Eltern und den Gemeinden überlassen. Die Frage der Finanzierung jedoch ist zentral: Beschränkt sich der Kanton bloss darauf, den Gemeinden ein paar Vorschriften zu machen, dann wird die Bestimmung zu einem reinen Papiertiger. Für die AL ist entscheidend, dass im Gegenvorschlag der Kanton in die Verantwortung genommen wird. Dies geschieht nur über eine finanzielle Beteiligung.

Die Ausgangslage für die zweite Lesung im Kantonsrat ist äusserst spannend! Die SVP, die gegen jede Form von Kinderbetreuung ist und die Eigenverantwortung der Eltern beschwört, enthielt sich beim Gegenvorschlag der Stimme, so dass sich die Linke zusammen mit EVP und CVP mit dem Vorschlag durchsetzen, der eine kantonale Beteiligung an der Finanzierung vorsieht. FDP und GLP liefen mit ihrer unverbindlichen Version ins Leere. Welche Version am Schluss eine Mehrheit des Rates finden wird, ist noch offen. Ungewiss ist vor allem, ob sich GLP und FDP auf die konservative «Frau an den Herd»-Seite der SVP schlagen, wenn Sie für ihren Gegenvorschlag keine Mehrheit finden.

Gewiss ist aber, dass wir im Juni über die Initiative abstimmen werden. Und wir sind überzeugt, dass die Initiative im Kanton ein ähnlich deutliches Abstimmungsergebnis erzielen wird, wie die Abstimmungsvorlage in der Stadt Zürich, die mit 67 Prozent Ja-Stimmen angenommen worden ist.

AL SEKRETARIAT

Nachdem Remo Hürlimann nach der Probezeit wieder aussteigen musste, wird da AL-Seki seit dem 1. Oktober im Jobsharing geleitet. Antonia Maino als geschäftsführende und Nathalie Reinert als administrative Sekretärin werden bis Ende Jahr das Sekretariat betreuen. Antonia Maino (Foto links) hat in verschiedenen Kollektiven gearbeitet. Diese Arbeitserfahrung hat sie gelehrt, mit den vorhandenen Mitteln realistisch in Tat umzusetzen, was zum gegebenen Zeitpunkt möglich ist. Daher ist sie zuversichtlich, der AL auch in stürmischen Zeiten einen ruhenden (Gegen-)Pol bieten zu können. Besonderen Dank gebührt Natalie Reinert (Foto rechts): Durch ihr spontanes Einspringen hat sie der AL geholfen, die unerwartete Situation zu überbrücken. Die Winterthurerin arbeitet als Sekretärin in einer Anwaltskanzlei und kennt somit alle Kniffs, die es braucht, um die Administration zu managen. Im neuen Jahr wird Antonia die Stelle allein übernehmen. Auch Natalie bleibt der AL erhalten – als Vertretung wird sie auch in Zukunft im AL Büro anzutreffen sein.

Remo Hürlimann



AL IMPRESSUM

Alternative Liste (AL)

Postfach 1005, 8026 Zürich

Homepage www.al-zh.ch

Sekretariat Antonia Maino, Natalie Reinert, Molkenstr. 21, 8004 Zürich.

Mail sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 **Fax.** 044 242 19 60
Das Sekretariat ist am Dienstag und am Donnerstag besetzt.

Preis Jahresabo CHF 10.–, Vereinsmitglieder erhalten das «info» gratis.

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich

Redaktion Antonia Maino